

Berliner Schulen atmen auf: Klassenfahrten bleiben möglich!

CDU und SPD ermöglichen Berliner Schulen mehr Flexibilität bei Reisekosten für Klassenfahrten. Änderungen im Haushaltsgesetz beschlossen.



Eine entscheidende Wende gibt es im Haushaltsstreit um die Finanzierung von Klassenfahrten an Berliner Schulen! Am Donnerstagabend einigten sich CDU und SPD im Abgeordnetenhaus darauf, dass Schulen künftig flexibler mit ihren Budgets umgehen dürfen. Die bildungspolitische Sprecherin der SPD, Maja Lasic, erklärte, dass es Schulen ermöglicht wird, Reisekosten für Lehrkräfte aus anderen Finanzquellen zu finanzieren. Diese Neuerung könnte verhindern, dass im kommenden Jahr die Hälfte aller Klassenfahrten abgesagt werden muss, wie es zuvor von den Schulleiterverbänden befürchtet wurde. Viele Schulen, insbesondere in Steglitz-Zehlendorf, hatten bereits signalisiert, dass sie für 2025 keine Mittel mehr zur Verfügung haben, da das

Budget für Reisekosten erschöpft ist, wie **rbb24** berichtete.

Akute Finanzkrise an Schulen

Besonders betroffen ist der Bezirk Steglitz-Zehlendorf, wo die Schulen mitteilen mussten, dass sie für Klassenreisen keine Fördermittel mehr beantragen können. Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) verdeutlichte in einer Pressekonferenz, dass es zwar technisch möglich sei, Fahrten durchzuführen, jedoch zunächst keine Zuschüsse von der Senatsverwaltung bereitgestellt werden könnten. „Eine Lösung könnten Zahlungen durch Schulfördervereine sein, um die Reisekosten zu decken“, stellte sie fest, warnte aber davor, Eltern zur Kostenerstattung für Lehrkräfte heranzuziehen. Die Senatorin forderte einheitliche Kriterien zur Verteilung der Mittel, damit nicht nur die schnellsten Schulen profitieren, **so berichtete die Berliner Zeitung**.

Um diese Herausforderungen zukünftig besser zu bewältigen, wird ein neues Schulbudget eingeführt, das sich an der Schulform und der Anzahl der Schüler orientiert. Diese Verantwortung liegt dann in den Händen der Schulaufsichten und der jeweiligen Schulgemeinschaften. „Die Mittel müssen nun also von den Schulen eigenverantwortlich verwaltet werden“, so Günther-Wünsch weiter. In den letzten Jahren war es eine Selbstverständlichkeit, das Budget nach Bedarf zu erhöhen, doch diese Praktiken stehen nun vor dem Aus.

Details	
Quellen	• www.rbb24.de • www.berliner-zeitung.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de